



Es gilt das gesprochene Wort!

11.12.2020

Rede des Stadtkämmerers zum Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Das Risiko für eine Eintrübung steigt! Die Frage ist längst nicht mehr ob, sondern wann und wie intensiv sich die Lage verändert.“

So gesprochen im Dezember 2019. Von den vielen Risiken, die ich bei meiner Rede zum Haushalt 2020 im Blick hatte, hat sich keines realisiert. Doch die Corona-Pandemie hat mit Ihrer gewaltigen Wucht alle anderen Krisenszenarien, die ich damals im Blick hatte, selbst wenn mehrere davon kumuliert eingetreten wären, in den Schatten gestellt.

Die gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher haben nicht nur zu massiven Veränderungen unseres Alltags geführt, sondern zu massiven Einbrüchen bei den Steuereinnahmen. Dass die Pandemie Absatzmärkte weltweit ausgetrocknet hat, die Produktion, die Logistik und somit Lieferketten weltweit unterbrochen hat und damit zu einem Einbruch bei Umsatz und Ertrag geführt hat, ist bekannt. Dies hat Auswirkungen auf die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle der Stadt. Gleichzeitig haben höhere Arbeitslosenzahlen sowie der massive Anstieg der Kurzarbeit zu einem deutlichen Rückgang bei der kommunalen Einkommensteuerbeteiligung geführt.

Steueraufkommen

Das erwartete Steueraufkommen 2021 liegt damit nur noch bei 54 Mio € und damit um 7 Mio € niedriger als der im Dezember 2019 für den Haushalt 2020 beschlossene Wert.

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer wird für 2021 nur noch mit 16,5 Mio Euro erwartet. Grundlage für diese Prognose sind die Vorauszahlungen 2020.

In 2020 liegen wir aktuell noch bei 21,9 Mio € und damit besser als im Sommer befürchtet. Grund hierfür sind hohe Abschlusszahlungen unserer Unternehmen aus dem noch sehr guten Jahr 2019.

Positiv wird sich der Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle auswirken. Ich erwarte hier rund 3,6 Mio €. Die komplizierte Berechnungssystematik will ich Ihnen ersparen, nur so viel sei gesagt: Berechnungsgrundlage ist der Rückgang der Gewerbesteuer-einnahmen 2020 (bis zum Stichtag 20.11.2020) gegenüber dem Durchschnitt der Gewerbesteuer-einnahmen der Jahre 2017 bis 2019. Damit stehen die Aussichten ganz gut, dass wir aufgrund des Gewerbesteuerausgleichs in Summe den Haushaltsansatz 2020 von 22,5 Mio € erreichen werden. Die Mittel für den Gewerbesteuerausgleich in Bayern in Höhe von fast 2,4 Mrd. Euro wurden offenbar nicht ganz ausgeschöpft. Der verbleibende Restbetrag wird entsprechend der Schlüsselzuweisungen 2020 als ergänzender Gewerbesteuerausgleich auf die Kommunen verteilt werden. Der entsprechende Bescheid steht noch aus.

Ergänzend noch ein Blick über den Rand des eigenen Gewerbesteuertellers hinaus: Bei den Netto-Gewerbesteuer-einnahmen pro Einwohner liegen wir im Ranking der 25 kreisfreien Städte in Bayern für 2019 mit 536 € netto pro Einwohner auf Platz 15 (2018: Platz 21 der 25 kreisfreien Städte Bayerns 512 € netto pro Einwohner). Freilich wurde diese 2019-Statistik durch Corona überholt. Die Einbrüche im Jahr 2020 sind immens. So verlieren wir in den ersten 9 Monaten 2020 fast 20% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Manche anderen Kommunen trifft es noch härter. So verlieren Regensburg und Schweinfurt 42 %, Landshut 55% und Ingolstadt sogar 83 %.

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der zahlungswirksame Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist aufgrund der wegbrechenden Steuereinnahmen negativ und liegt bei -1,7 Mio €. Erwirtschaften können wir mit unserem laufenden Geschäft wegen des negativen Saldos weder unsere ordentlichen Tilgungen (2,6 Mio €) noch eine freie Finanzspanne als Eigenanteil zur Finanzierung unserer Investitionen. Damit sind die Voraussetzungen für die dauernde Leistungsfähigkeit im Haushalt 2021 nicht gegeben. Eine Genehmigung dieses Haushalts wäre damit ausgeschlossen. Aufgrund der vom Freistaat aufgrund der Corona-Krise erlassenen Verordnung über kommunalwirtschaftliche Erleichterungen dürften wir trotz Fehlens der dauernden Leistungsfähigkeit die Genehmigung erhalten.

Jahresergebnis

Im Ergebnishaushalt steht für 2021 ein Jahresfehlbetrag von 6.264 T€.

Steuerkraft

Bei der Steuerkraft liegen wir 2019 fast unverändert bei 1.216 Euro (Vorjahr 1.166 Euro) pro Einwohner und liegen damit auf Platz 14 unter den 25 kreisfreien Städten in Bayern.

Einkommensteuerbeteiligung

Der Einkommensteueranteil 2021 wurde mit 26,75 Mio € veranschlagt. Damit ist der Wert zwar höher als nach dem Einbruch im laufenden Jahr. Der Ansatz folgt der Prognose der Steuerschätzer vom November 2020. Viel wird aber davon abhängen, wie sich Beschäftigung und Kurzarbeit entwickeln werden.

Grundsteuer

Das Aufkommen der Grundsteuer B liegt bei 6.600 T€. Die bayerische Staatsregierung hat angekündigt, von der Öffnungsklausel in einzelnen Bereichen Gebrauch zu machen und einen Gesetzesentwurf für ein wertunabhängiges Flächenmodell in den Landtag einzubringen. Die administrative Umsetzung muss dann spätestens am 01.01.2025 erfolgt sein.

Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen sind mit 12,3 Mio € veranschlagt. Im Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2021 am 31.10.2020 wurde nämlich vereinbart, die Mittel des Freistaats für die Schlüsselzuweisungen in Bayern um 3,0 % zu reduzieren. Zu aller Überraschung liegt der sog. Grundbetrag, eine wesentliche Berechnungsgröße, etwa ein Prozent höher als im Vorjahr. Deshalb liegen die endgültigen Schlüsselzuweisungen, die gestern bekannt gegeben worden sind, bei 13 Mio Euro und damit um 700 T€ bzw. 5,7% höher als im Haushalt veranschlagt.

Bezirksumlage

Der Bezirk hat den Umlagesatz in seiner Haushaltsitzung 10.12.2020 unverändert mit 23,55 % beschlossen. Dies entspricht unserer Prognose mit einem Haushaltsansatz von 14,4 Mio €.

Damit erhöht der Bezirk seine Umlage dank der hohen Umlagekraftsteigerung in Mittelfranken in Höhe von 3,4 % insgesamt in 2021 um 20 Mio € gegenüber 2020.

Während der Bezirk in den vergangenen Jahren den Blick gerne auf die Höhe des Umlagesatzes lenkte, der von 24,2% (2015) auf 23,55% (2021) sank, gerät leicht in Vergessenheit, dass sich dank stetig steigender Steuer- und Umlagekraft die tatsächliche Umlagezahlung in Mittelfranken von 434 Mio € (2015) auf 608 Mio € erhöhte. Eine satte Steigerung um 40%! Weitere Steigerungen, der Bezirkskämmerer hat in der gestrigen Haushaltssitzung eine Deckungslücke für den Bezirkshaushalte 2022 bis 2024 in Höhe von insgesamt 100 Mio € angekündigt, sind aufgrund der in den kommenden Jahren einbrechenden Steuereinnahmen in den kommunalen Haushalten kaum noch zu schultern.

Personalausgaben

Die zahlungswirksamen Personalauszahlungen liegen mit 40 Mio € ca. 3,2% höher als 2020. Im Ansatz sind ab 01.01.2021 die Erhöhungen im Tarifbereich mit 2,0 % und die bereits feststehenden Besoldungserhöhungen im Beamtenbereich um 1,4 % eingeplant.

Aufgrund der sehr schwierigen finanziellen Situation konnten zusätzliche Stellen im Stellenplan nur in sehr wenigen Fällen geschaffen werden. Voraussetzung war, dass die betreffende zusätzliche Stelle entweder zwingend erforderlich ist oder zumindest weitestgehend gegenfinanziert ist.

Wie bereits in den Vorjahren wurde auch im Haushalt 2021 bei den Personalausgaben eine erhöhte globale Minderausgabe von 3,5 % der Personalauszahlungen vorgegeben. Ein anspruchsvolles, aber durchaus erreichbares Ziel für das kommende

Jahr. Für das laufende Jahr 2020 werden wir trotz schwieriger Rahmenbedingungen diesen ehrgeizigen Ansatz wie auch in 2019 erreichen können.

Krankenhaus

Beim Krankenhaus hat der Einstieg der Diakonie Neuendettelsau (nun Diakoneo) als Trägerin dazu geführt, dass sich die beiden Gesellschafter sowohl den Verlustausgleich als auch die Investitionsfinanzierung teilen. Zudem bringt die vereinbarte betragsmäßige Deckelung für die künftigen Haushalte die dringend erforderliche finanzielle Planungssicherheit in dem finanziell immer unkalkulierbarer werdenden Krankenhausbereich. Für den Haushalt bedeutet dies für den Verlustausgleich eine Veranschlagung von 950 T€ bei einem zu erwartenden Verlust 2021 von rund 1,6 Mio €.

Investitionen

Die 2021 veranschlagten Investitionen liegen bei 17,6 Mio €, der Saldo aus Investitionsstätigkeit bei 10 Mio €.

Ein großer Teil der Investitionen fließt in den Bereich der Schulen.

- Die Erweiterung der Johannes-Helm-Schule steht an. Dazu erfolgt gerade die Auswahl der Planungsteams. Im Haushalt sind Mittel in Höhe von 2 Mio Euro veranschlagt.
- Die Generalsanierung des Berufsschulgebäudes im Schulzentrum Mitte mit Kosten von über 10 Mio € wird erst in 2021 beginnen können, da dort die Räume für die interimswise Unterbringung der Schüler der Luitpoldschule benötigt werden. Für die Maßnahme sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3,8 Mio Euro veranschlagt, die allerdings erst in den Jahren 2022 und 2023 haushaltswirksam werden.
- Die Vorbereitungen für den Ersatzneubau des Hallenbades in Trägerschaft der Stadtbäder GmbH laufen. Kürzlich wurde der Vorentwurf dem Stadtrat vorgestellt, derzeit erarbeiten die von den Stadtbädern beauftragten Planer die Entwurfsplanung, die dann im Frühjahr 2021 dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden wird. Für das Bauprojekt sind als städtischer Investitionszuschuss weitere 1 Mio € im Haushalt enthalten.
- Die Sanierung der recht schnell in die Jahre gekommenen Rundlaufbahn in der Schulsporthalle an der Jahnstraße mit Gesamtkosten von 430 T€ wird in 2021 erfolgen. Die Rundlaufbahn war noch in der 25-jährigen Zweckbindungsfrist und hätte danach keine FAG-Förderung ermöglicht. Unter Verweis auf den erhöhten Verschleiß der Anlage, trotz ordnungsgemäßen Unterhalts, konnte die grundsätzliche Freigabe einer erneuten FAG-Förderung in mehreren Gesprächen bei der Regierung erreicht werden. Wir erwarten daher FAG-Fördermittel in Höhe von 187 T€.
- Zur Verbesserung der IT-Ausstattung und Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur an Schulen sind investiv 550 T€ veranschlagt.

Für Straßenbau und Verkehr sind insgesamt Auszahlungen von 3,4 Mio € vorgesehen.

- Die Fortsetzung des Ausbaus der Neutor-/Friedrich-/Hördlertorstraße mit 660 T€ bei Gesamtkosten von fast 4 Mio €. An Verpflichtungsermächtigungen sind 1,96 Mio € enthalten, die allerdings erst in den Jahren 2022 und 2023 haushaltswirksam werden.

- Für die Sanierung von Nürnberger Straße sowie Fleischbrücke sind zusammen 1.055 T€ veranschlagt.

Beim Straßenbau entsteht aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine große Finanzierungslücke, da die vom Freistaat als Ersatz geschaffene Straßenausbaupauschale (für 2021 in Höhe von 182 T€ erwartet) einen Großteil der wegfallenden Einnahmen nicht ersetzt. Die Frage wird sein, wie wir die vom Freistaat geschaffene Finanzierungslücke künftig schließen und unsere Straßenbaumaßnahmen finanzieren können.

Für den Bereich der Abwasserbeseitigung sind Investitionen in Höhe von 4,1 Mio € veranschlagt. Damit können u.a. Kanalsanierungen sowie verschiedene Maßnahmen in der Kläranlage finanziert werden. Beginnen wird die Sanierung der Schlammpresse in der Kläranlage mit Gesamtkosten von 2,4 Mio €, davon 1,6 Mio € im Haushalt 2021.

Für unsere Freiwillige Feuerwehr sind Mittel für ein neues Drehleiterfahrzeug in Höhe von 690 T€ enthalten. Damit kann die alte Drehleiter Magirus-Deutz vom Typ 170D11 aus dem Jahr 1969 endgültig in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet werden, die Leiter aus dem Jahr 1992 kann dann als Ersatzleiter in die zweite Reihe zurücktreten.

Für Grunderwerbe sind insgesamt Mittel in Höhe von 2,4 Mio € veranschlagt. Damit können u.a. potentielle Wohnbau- und Gewerbegrundstücke erworben werden. Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken werden in Höhe von 2,5 Mio € erwartet.

Städtebaufördermittel für das Programm „Soziale Stadt“ sind in Höhe von 1,7 Mio € berücksichtigt. Darin findet sich u.a. die Förderung von Sanierungsmaßnahmen am Iffland-Gebäude ebenso wie Mittel für Fassadensanierungen. Der Ausbau der beiden Gebäude Iffland und Silberne Kanne zu einem hochwertigen Hotel sowie der Ausbau der Neutor-, Friedrich- und Hördlertorstraße flankiert mit der Sanierung von Rosenbergerstraße und Nürnberger Straße sowie der Fleischbrücke werden positive Impulse in diesen Bereich der nördlichen Altstadt geben.

Kreditaufnahmen

Die Finanzierung der Investitionen in Höhe von netto 10 Mio € erfordert Ermächtigungen für Kreditaufnahmen in gleicher Höhe, davon 3,6 Mio € im kostenrechnenden Bereich (Entwässerung). Abzüglich der ordentlichen Tilgungen in Höhe von 2,6 Mio € ergäbe sich bei vollständiger Aufnahme dieser Darlehensermächtigungen eine Nettoverschuldung in Höhe von 7,4 Mio €.

Der Schuldenstand zum 31.12.2020 wird bei rund 36,9 Mio € liegen. Auf die sich durch Gebühren finanzierenden kostenrechnenden Einrichtungen entfällt davon ein Anteil von ca. 14,4 Mio €. Wie in den Vorjahren wird damit auch 2020 eine deutliche Entschuldung gelingen. Mit nur noch 901 € je Einwohner liegt die Pro-Kopf-Verschuldung mittlerweile unter dem bayerischen Landesdurchschnitt.

Was uns etwas hilft, ist die gute Liquiditätsslage. Dank guter Steuereinnahmen und der erfolgreichen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in den vergangenen Jahren ist es trotz sehr hoher Investitionen in den vergangenen Jahren gelungen, ein

erhebliches Liquiditätspolster aufzubauen. Zum Jahresende 2020 werden unsere Bankguthaben mindestens 66 Mio Euro betragen. Dies geht einher mit einer deutlichen Reduzierung der Verschuldung der Stadt seit 2016.

Allerdings wird diese Liquidität auch benötigt, um die noch nicht abgearbeiteten Veranschlagungen aus den früheren Haushalten zu finanzieren. Was bleibt, ist eine rechnerische Finanzmittelunterdeckung von 4,9 Mio € zum 31.12.2021. Der tatsächliche Wert dürfte auf jeden Fall deutlich über diesem Wert liegen, da nie alle im Haushalt enthaltenen Mittel auch tatsächlich im Haushaltsjahr abgerufen werden. Doch auch rechnerisch wird man diese Problematik lösen durch ein extrem restriktives Vorgehen bei der Übertragung der Haushaltsausgabereste 2020 ins Jahr 2021. Zur Sicherstellung der Liquidität im Jahr 2021 ist in Punkt 5 des Beschlussvorschlages daher wiederum vorgesehen, der Verwaltung äußerste Zurückhaltung bei der Ausweisung und Übertragung von Haushaltsausgaberesten aufzuerlegen. Um den finanziellen Spielraum zu verbessern und auch für die nächsten Jahre zu sichern, ist es weiterhin erforderlich, die Übertragung von Ausgaberesten auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen.

Optimale Nutzung von Fördermitteln

Wichtig ist mir die optimale Nutzung von bestehenden Fördermöglichkeiten. Durch die optimale Ausnutzung von Fördermöglichkeiten lassen sich oftmals bereits große Teile von Investitionsmaßnahmen finanzieren.

Wir nutzen bereits jetzt eine Vielzahl von Förderkulissen. Neben der Städtebauförderung und der FAG-Förderung, die Neubau und Generalsanierung von Schulen und Kindertagesstätten fördert, existieren viele weitere Fördermöglichkeiten.

Der Projektträger Jülich fördert u.a. Investitionen zur Einsparung des Energieverbrauchs. So konnten wir z.B. durch die Umstellung auf LED im Bereich der Straßenbeleuchtung und der Beleuchtung in Schul- und Verwaltungsgebäuden zusätzlich zu hohen Energieeinsparungen auch hohe Förderungen erhalten. Aktuell nutzen wir ein Förderprogramm zum Austausch von mindestens 10 Jahre alten Elektrogeräten (weiße Ware) in Schulen und Kitas. Hier werden die Kosten für Kauf und Einbau dieser Geräte mit mehr als 50% bezuschusst. Die gerade erfolgte Anschaffung der CO²-Ampeln für unsere Schulen wurde sogar in voller Höhe vom Freistaat gefördert.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Optimierung von FAG-Fördermitteln. Die Förderfähigkeit einer Baumaßnahme ist das eine, entscheidend ist vor allem aber, in welcher Höhe Fördermittel realisiert werden können. Gerade bei großen Schulbauprojekten geht es da schon um riesige Beträge. So konnten wir für die Generalsanierung des Berufsschulgebäudes durch intensive Aufbereitung der Grundlagen und durch gute Argumentation gegenüber dem Fördergeber eine Erhöhung der Fördermittel um 785 T€ erreichen. Und das, obwohl die Förderhöhe aufgrund der Erteilung des vorzeitigen Maßnahmebeginns eigentlich schon beim niedrigeren Betrag eingefroren war.

Bauinvestitionskostencontrolling

Ein weiteres Instrument, um Bauvorhaben effizient und gut planbar gestalten zu können, ist das Bauinvestitionskostencontrolling. Gerade im Bereich des Hochbaus klappt das -nicht zuletzt auch aufgrund der organisatorischen Verzahnung von Kämmererei und Amt für Gebäudemanagement- sehr gut. So konnten bei den beiden letz-

ten großen Hochbauprojekten Altstadtkindergarten der Kostenrahmen eingehalten bzw. bei dem städtischen Bauprojekt zur Schaffung von sozialem Wohnungsbau an der Kreuzwegstraße sogar deutlich unterschritten werden.

Jahresabschlüsse

Mittlerweile sind die Jahresabschlüsse für die Jahre bis 2019 fertiggestellt und dem Stadtrat vorgelegt worden. Wir sind damit auf dem Laufenden! Aufgrund der Rechnungsergebnisse lassen sich Entwicklungen dann über einen längeren Zeitraum betrachten und analysieren. Ein großer Gewinn an Transparenz und eine wichtige Grundlage für das zu schaffende Controlling! Die Schaffung eines einfach zu handelnden, aber dennoch aussagekräftigen modernen Controlling-Systems zur verbesserten Steuerung und Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung wird eine zentrale Aufgabe auch im Jahr 2021 bleiben.

Verfahren

Die wiederum –trotz der extrem schwierigen finanziellen Situation- erfreulich kurzen Vorberatungen im Hauptausschuss verliefen konstruktiv. Das umfangreiche Beratungsprogramm konnte zügig in zwei Tagen abgeschlossen werden. Bedanken möchte ich mich bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und die intensive Mitwirkung und Diskussion in den Vorberatungen.

Papierloser Haushalt 2021

Auch im Haushaltsverfahren werden sich die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung positiv auswirken. Wir können uns hier viel Papier ersparen und die für das Drucken und Herrichten der Haushaltsunterlagen verwendete Zeit sinnvoll anderweitig einsetzen.

Danke

Danken möchte ich auch allen Beteiligten in der Verwaltung. Besonderen Dank verdienen meine am Haushaltsverfahren maßgeblich beteiligten Mitarbeiter im Kämmereiamt, allen voran die Herren Strauß, Gräfensteiner und Aepfelbach und Frau Schmidt sowie meine Mitarbeiter im Vorzimmer, Frau Wurm und Herr Baumgärtner.

Fazit und Ausblick

Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der weiter einhergehenden Coronapandemie haben die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt gravierend verschlechtert.

Die starken Einbrüche bei der Gewerbesteuer konnten in 2020 noch durch den von Bund und Freistaat bezahlten Gewerbesteuerersatz ausgeglichen werden. Ein weiterer positiver Effekt waren die Gewerbesteuerabschlusszahlungen aus dem erfolgreichen Jahr 2019. Beide Effekte werden ab 2021 ausbleiben.

Der Einbruch der Steuereinnahmen auf der einen Seite und die weiter steigenden Aufwendungen, insbesondere für Personal und soziale (Transfer-)Leistungen, lassen

in 2021 und vermutlich auch in den folgenden Jahren keinen positiven zahlungswirksamen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit erwarten. Ein Haushaltsausgleich wäre damit nicht möglich, die dauernde Leistungsfähigkeit unserer Stadt nicht mehr gegeben. Eine Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2022 wäre damit wohl kaum noch erreichbar.

Gleichzeitig stehen eine Vielzahl großer Investitionsprojekte insbesondere in den Bereichen Schulen und Kindertagesstätten an. Diese tragen dazu bei, den steigenden (Raum-)Bedarf zu decken und den bestehenden Investitionsstau abzubauen, um die städtische Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Das in den kommenden Jahren bis 2028 anstehende Investitionsprogramm von rund 173 Mio Euro (netto) wird -selbst wenn man nur Teile davon umsetzen wird- ein hohes finanzielles Leistungsvermögen der Stadt erfordern. Ziel muss sein, die wichtigen Investitionen in die Infrastruktur umsetzen zu können. Dabei benötigen wir gemeinsam einen klaren Willen zur Ausgabendisziplin sowie zur Haushaltskonsolidierung.

Um einen Haushaltsausgleich zu erreichen, wird es erforderlich sein, gewichtige, mittel- bis langfristig wirkende Haushaltsverbesserungen im laufenden Haushalt zu erreichen. Hier sind –wie schon beim vom Stadtrat im Jahr 2014 beschlossenen Maßnahmenpaket- strategisch ausgerichtete Maßnahmen gefragt. Entsprechende Maßnahmen werden aktuell abgestimmt und vorbereitet und im kommenden Jahr dann dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Zusätzlich wird absolute Ausgabendisziplin erforderlich sein. Dies gilt insbesondere auch im Bereich der Personalaufwendungen; Aufweitungen des Stellenplans sind, wie bereits im Stellenplan 2021, weiter zu vermeiden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Sascha Spahic
Stadtkämmerer